

FDP Landesverband Berlin · Dorotheenstr. 56 · 10117 Berlin

media:net berlinbrandenburg e.V.  
berlin music commission eG  
Ackerstr. 3a  
10115 Berlin

## Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 15. Juni 2021

**Marcel Schwemmlin**  
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de  
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin  
Dorotheenstraße 56  
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Frau Koch,  
sehr geehrter Herr Kretschmar,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten:

### Standort Berlin

#### 1. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?

Als Freie Demokraten sehen in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft einen der Zukunfts- und Jobmärkte für Berlin, den wir aktiv unterstützen wollen.

- Wir wollen ein professionelles Clustermanagement etablieren, das bestehende Unternehmen aller Größen, Kapitalgeberinnen und Kapitalgeber sowie die Verwaltung vernetzt und gemeinsame Kooperationsprojekte identifiziert und organisiert. Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft als „Innovationskatalysator“ nutzen und als eigenes Wirtschaftsfeld weiter ausbauen. Um die Entwicklungen in diesem wichtigen Sektor nachverfolgen und politische Schlussfolgerungen ziehen zu können, werden wir den Kreativwirtschaftsbericht wieder einführen.
- Die Stärkung der Berliner Kreativwirtschaft wollen wir auf der Grundlage der Erkenntnisse eines Kultur- und Kreativwirtschaftsberichts zu einer strategischen Priorität der Stadtentwicklung machen.
- Die oft miteinander verwobenen Wirtschaftsaktivitäten und -betriebe des Architektur-, Buch- und Pressemarktes, der bildenden

FDP Landesverband Berlin  
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin  
Telefon: +49 30 278959-0

Landesvorsitzender: Christoph Meyer MdB  
Landesgeschäftsführer: Marcel Schwemmlin  
E-Mail: fdp-berlin@fdp.de, Internet: www.fdp-berlin.de

und darstellenden Künste, der Designwirtschaft, Filmwirtschaft (inklusive Visueller Effekte, VFX), des Kunst- und Werbemarkts, der Musikwirtschaft, der Rundfunkwirtschaft, der Software- und Games-Industrie sichern, vermitteln, verbreiten und vermarkten die künstlerische Produktion, die Berlin als Metropole zum Magneten für Kunstkonsumenten, -konsumentinnen und -schaffende macht.

- Stadtplanung und Stadtentwicklung können hier die Bildung von Kreativclustern (z. B. eines Design- oder Fashion-Village) unterstützen und die Attraktivität für die Stadtquartiere und für Gäste aus dem In- und Ausland ausstrahlen.

**2. Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer\*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter\*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten?**

1. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes Räume für Kreative schafft, um neue Geschäftsmodelle, Prototypen, Apps oder solidarische Projekte entwickeln zu können.
2. Ebenso sprechen wir Liberale uns dafür aus, dass Kreative und Bürger im Sinn der Solidarität eigenverantwortlich zivilrechtliche Lösungen finden, um die Branche zu entlasten. Dazu gehören beispielsweise der Verzicht auf Kostenerstattungen für Tickets ausfallender Veranstaltungen, die Beteiligung an Spendenaktionen oder Crowdfunding von Kreativen für eigene Projekte.
3. Im internationalen Standortwettbewerb muss sich die Metropolregion Berlin-Brandenburg fokussieren und gezielt um unternehmerische Investitionen werben, sodass sich die Kreativbranche in unserer Stadt weiterentwickeln kann.

**3. Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?**

Wir Liberalen haben die schnelle Auszahlung der Soforthilfen für den Kultur- und Kreativbereich aktiv gefordert. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode die Unterstützungsprogramme ansehen und evaluieren, inwiefern es weiterer Unterstützung bedarf. Neben den finanziellen Zuwendungen braucht die Kunst- und Kulturarbeit vor allem Öffentlichkeit. Deshalb setzen wir uns für geeignete Öffnungsschritte ein, um die Öffentlichkeit und die Kultur wieder zusammenzubringen.

**4. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen? Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?**

Künstler brauchen Platz für ihre Arbeit. Einen Überblick über leere Flächen des Landes oder gar eine Flächen-Vermittlung gibt es bis heute nicht. Weder die vor fünf Jahren angekündigte Agentur für kulturelle Zwischennutzung freier Räume und Liegenschaften noch ein Kulturkataster wurden umgesetzt. Dies muss nun kommen. Ebenso muss die Partnerschaft mit privaten Anbietern intensiviert werden. Die Immobilienindustrie hat mit dem Projekt „Transiträume“ bereits seit 2020 eine Plattform zur Vermittlung vorübergehend leerstehender Flächen geschaffen.

**5. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?**

Berlin braucht Fachkräfte und muss deshalb ein attraktiver Standort werden. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten. Wir wollen Fachkräften ein schnelles Ankommen in Berlin ermöglichen. Dazu gehört die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, die das „One-Stop-Shop-Konzept“ umsetzt. Wir werden den Berliner Business Immigration Service kundenorientiert ausbauen und die Leistungserbringung beschleunigen, damit ausländische Fachkräfte gut in Berlin ankommen. Dazu gehört auch, dass Englisch endlich zweite Verwaltungssprache sein muss. Alle Verwaltungsdokumente müssen in englischer Sprache in den Ämtern vorliegen bzw. digital abrufbar sein. Um als attraktiver Standort unter Fachkräften bekannter zu werden braucht es hier individuelles und personenbezogenes Marketing. Denkbar ist auch die Einführung einer „Bring a friend“-Initiative, bei der Personen mit einer Prämie entlohnt werden, wenn sie zur Vermittlung einer dringend nachgefragten Fachkraft beitragen.

**6. Berliner Veranstalter\*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?**

Die Schikanen einzelner Verwaltungen bei der Erteilung von Genehmigungen für Veranstaltungen, Konzerte oder Filmdrehs sind uns bekannt und nicht hinnehmbar. Solche Genehmigungen sind in einer One-Stop-Agency auf Landesebene zentral zu bündeln und zu entscheiden. Das bisherige Verwaltungs-Pingpong muss beendet werden.

## **Branchenspezifisch**

### **1. Welchen Stellenwert hat die Berliner Film- und TV-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Film- und TV-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Die Film- und TV-Branche ist für Berlin ein bedeutender Wachstumsmarkt. Berlin ist mittlerweile die wichtigste Filmstadt in Deutschland geworden und hat München überholt. Eine professionelle Filmförderung ist sehr wichtig und das Medienboard leistet hierbei eine gute Arbeit. Über Parteigrenzen hinweg ist es uns hier gelungen, für eine Aufstockung der Mittel zu sorgen und auch zusätzlich pandemiebedingte Mehrausgaben auszugleichen. Die Einrichtung des VFX-Fonds und dessen bereits innerhalb kurzer Zeit erfolgte Aufstockung aufgrund der großen Nachfrage zeigt, dass Berlin hier international konkurrenzfähig geworden ist. Dies wollen wir weiterhin unterstützen und stärken.

### **2. Wie beurteilt Ihre Partei die Berliner Start-up-Szene und wie will sie diese fördern?**

Wir wollen die Start-up-Szene in Berlin gezielt unterstützen und fördern, damit Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovationen entstehen. Die Zusammenarbeit mit oder die Ansiedlung von Großunternehmen sehen wir als Chance und Gewinn für den Standort. Wir werden Gründerzentren und Maker Spaces einrichten und fördern. Damit wollen wir Start-ups auch den Zugang zu Werkstätten und Laboren ermöglichen, um Ideen auszuprobieren und zu testen, ohne selbst teure Hardware oder Labor- und Medizingeräte anschaffen zu müssen. So beschleunigen wir die Übersetzung einer Idee in die Praxis. Wir werden die IBB Venture Fonds erhöhen und auf weitere Branchen ausweiten, um auch Start-ups in der Wachstumsphase fördern zu können. In einem Modellprojekt werden wir Gründerpatinnen und -paten einrichten, die durchgängig als Ansprechpersonen für einzelne Start-ups bereitstehen, um diese bei allen bürokratischen Vorgängen und Antragsverfahren zu beraten.

### **3. Welchen Stellenwert hat die Berliner Games- und Esports-Branche für Ihre Partei?**

Games und E-Sport ist ein wichtiges Thema in der jüngeren Generation. Hier gibt es gute Vernetzungen mit den Hochschulen, etwa der HTW mit ihrem „gameslab“. Diese Branche hat ebenfalls ein Wachstumspotenzial, das es zu beobachten und unterstützen gilt. Hierbei ist auch das Medienboard bei der Abwicklung ein zentraler Akteur.

**4. Welche Vorschläge hat ihre Partei, um Berlin zu einem führenden Games- und Esports-Standort deutschlandweit/weltweit auszubauen?**

Wir streben die Gründung eines fest verorteten Gaming- und E-Sports-Hubs an, der Entwickler und Entwicklerinnen als Innovationstreiber und -treiberinnen unterstützt und vernetzt. Clubs sowie Künstlerinnen und Künstler haben ihren Anteil daran, dass Berlin weltweit einen Ruf als weltoffene und tolerante Stadt genießt. Den Musikspielstätten, Probe und Arbeitsräumen wollen wir bei der Stadtplanung einen hohen Stellenwert sichern und sie in der Baunutzungsverordnung von Vergnügungsstätten (Wettbüros, Spielhallen) trennen.

**5. Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Die für unsere Stadt essenzielle Musik- und Eventbranche wollen wir dabei unterstützen, nach der Pandemie wieder tragfähige und nachhaltige Angebote aufzubauen. Insbesondere die vielen Institutionen elektronischer Tanzmusik sind ein qualitatives Standortmerkmal unserer Stadt, auf das wir stolz sind. Wir wollen ein Büro für Angelegenheiten des Nachtlebens nach dem Vorbild des New Yorker „Office of Nightlife“ bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ansiedeln, das als Ansprechpartner und Mediator für die Clubszene sowie Anwohnerinnen und Anwohner, als Vermittler zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen und als beratender Stab für den Senat fungiert.

**Solo-Selbständige, Kleinstunternehmen & Mittelstand:**

**1. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland zu wenig Unterstützung für Solo-Selbstständige gibt. Welchen Stellenwert haben Solo-Selbstständige der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Ihre Partei?**

Solo-Selbstständige haben Respekt verdient. Vielen Unternehmen und Selbstständigen geht die Corona-Krise an die Substanz.

Wir haben uns sehr früh für einen Rettungsschirm für Selbstständige ausgesprochen, da das Kurzarbeitergeld ausschließlich für die Beschäftigten und die Finanzhilfen nur für größere Unternehmen zur Verfügung stand. Grundsätzlich halten wir es für wichtig, dass das Land Berlin und die Bezirke darauf achten, selbstständige Dienstleister zu unterstützen, indem alle Rechnungen und

Ansprüche von Selbstständigen bei öffentlichen Aufträgen anders als oft üblich schnellstmöglich beglichen werden.

**2. Wie will Ihre Partei die Solo-Selbständigen in der kommenden Legislatur, konkret in den ersten 12 Monaten, unterstützen?**

Die Auswirkungen der Pandemie haben gezeigt, dass die Vielzahl von Förderprogrammen den Solo-Selbständigen nicht zugutekommen. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in Berlin ein. Wir wollen aktuellen Förderprogramme evaluieren, mit dem Ziel diese auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft zu öffnen. Die Förderanträge wollen wir entsprechend vereinfachen und digitalisieren.

**3. Wird sich Ihre Partei für den Aufbau künftiger Ausfallssicherungssysteme für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und insbesondere im Bereich der Musikwirtschaft engagieren?**

Als Freie Demokraten fordern darin eine bessere soziale Absicherung von Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen. Dies muss auf Bundesebene geregelt werden. Ferner sollten Selbstständige in eine allgemeine Pflicht zur Altersvorsorge einbezogen werden, dabei jedoch die Freiheit haben, die Form ihrer Vorsorge selbst zu wählen. Die Pflicht zur Altersvorsorge könne sich dabei auf eine Basisabsicherung beschränken. In der gesetzlichen Krankenversicherung müssen faire Versicherungsbeiträge für Selbstständige geschaffen werden und die freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung weiter geöffnet werden.

**4. Internationale Medien- und Digitalkonzerne wie Amazon, Google und Co. erwirtschaften erhebliche Gewinne in Deutschland/in Berlin, zahlen aber wenig Steuern. Das gefährdet u.a. den Berliner Mittelstand. Welchen Stellenwert hat der Berliner Mittelstand für Ihre Partei und wie wollen Sie sie in der kommenden Legislatur unterstützen?**

Die Besteuerung von Amazon, Google und Co. lässt sich international lösen. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass auf Ebene der Europäischen Union Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen und den heimischen Wirtschaftsstandort aber nicht gefährden.

Die Öffentliche Auftragsvergaben sind zu komplex geworden und für Mittelständler fast nicht mehr zu bewerkstelligen. Deshalb werden das Berliner Landesvergabegesetz abschaffen und künftig nur noch das Vergaberecht des Bundes anwenden. Hierbei bevorzugen wir die elektronische Vergabe als Mittel zur Effizienzsteigerung. Damit Unternehmen in ganz Berlin gute Zukunftsaussichten haben, ist eine flächendeckende Breitbandversorgung unabdingbar. Wir werden

zusammen mit der Wirtschaft den Glasfaserausbau in Berlin beschleunigen und für eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in allen Teilen der Stadt sorgen. Wir werden die geplante City-Maut ablehnen, da Sie unsozial ist und besonders den Mittelstand und Handwerk trifft, die in die Innenstadt zwecks der Ausübung ihres Berufes fahren müssen.

### **Themenspezifisch:**

- 1. Die Berliner Start-up-Szene ist international, bunt und meist englischsprachig. Die Berliner Verwaltung in den Bezirken spricht und versteht meist nur Deutsch. Internationale Mitarbeiter\*innen scheitern bspw. bei der Anmeldung ihrer Wohnung bzw. benötigen Unterstützung bei den zahlreichen Behördengängen. Welche Maßnahmen für eine Berliner Willkommenskultur der Verwaltung möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um internationale Talente in Berlin willkommen zu heißen?**

Berlin braucht Fachkräfte und muss deshalb ein attraktiver Standort werden. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten. Wir werden den Berliner Business Immigration Service kundenorientiert ausbauen und die Leistungserbringung beschleunigen, damit ausländische Fachkräfte gut in Berlin ankommen. Dazu gehört die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, die das „One-Stop-Shop-Konzept“ umsetzt. Wir wollen moderne, benutzerfreundliche Beratungsangebot, stärkere Unterstützung bei der Abrufung von Fördermitteln und ein „bürokratieloses“ erstes Jahr, in dem Anmeldestage, Genehmigungs- und Dokumentationspflichten behutsam abgemildert sind.

- 2. Welche Meinungen vertritt Ihre Partei zu Urheberrecht, Datenschutz und Online-Sicherheit?**

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Datenschutz stehen im besonderen Fokus liberaler Politik. Mit dem Wirksamwerden der europäischen Datenschutzgrundverordnung im Mai 2018 sowie den darauf aufbauenden bundes- und landesgesetzlichen Vorschriften liegen nunmehr zahlreiche Erkenntnisse und Erfahrungen vor, um die gesetzliche Weiterentwicklung des Datenschutzrechtes auf Landesebene (unter Berücksichtigung der anderen Bundesländer sowie der Bundesebene mit seinen bundesgesetzlichen Vorschriften) vorzusehen. Wichtige Bausteine sind hierbei insbesondere:

- die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und Informationen durch Automatisierung und den Einsatz leicht handhabbarer (Datenschutz-)Technologien,

- das Auflösen von Widersprüchen und Unklarheiten (die insbesondere durch überbordende untergesetzliche Vorschriften entstanden sind),
- die länderübergreifende Harmonisierung und Standardisierung datenschutzrechtlicher Vorschriften,
- das Vereinfachen des Gesetzeswerkes mit dem Ziel einer verständlichen Vermittlung zentraler Anliegen gegenüber Berliner Menschen und Unternehmen,
- bessere Rahmenbedingungen für datenschutzkonforme, datengetriebene Geschäftsmodelle,
- Bündelung, Profilierung und Schwerpunktbildung der länderübergreifenden Aufsicht,
- die Stärkung der Durchsetzbarkeit von Anordnungen und Regeln, insbesondere im öffentlichen Bereich einschließlich der Aussprache von Sanktionen.

Unabhängig von der Einzelfrage der Online-Sicherheit bereitet aktuell vor allen Dingen die zunehmende Anzahl von Angriffen auf die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit informationstechnischer Systeme in öffentlichen wie in privaten Bereichen insgesamt Anlass zur großen Sorge. Daher sollte die Priorität in der Ertüchtigung der Widerstandsfähigkeit von Netzen und Infrastrukturen sowie der IT-Sicherheitsarchitekturen insgesamt liegen. Hier muss insgesamt massiv investiert werden. Die Gewährleistung von Informationssicherheit wirkt sich dabei direkt auch auf die Online-Sicherheit aus, bei der der zunehmende Identitätsmissbrauch eine große Herausforderung ist. Überall dort, wo Namen, Adressen, Geburtsdaten und andere persönliche Daten verarbeitet werden, muss für einen ausreichenden Schutz gesorgt werden. Hier sind die Unternehmen direkt gefordert. Sie müssen aktuelle und moderne Schutz- und Verschlüsselungsmaßnahmen vorhalten. Eines sollte dabei nicht geschehen: Eine Überregulierung. Der jetzige Modus digitaler Warenbestellungen sind grundsätzlich praktikabel. Sie sind auch im Sinne der Verbraucher.

Als liberale Partei wollen wir ein modernes Urheberrecht, das die Urheberpersönlichkeitsrechte und die Nutzungsrechte an geistigem Eigentum schützt, zugleich aber den Interessen der Nutzer an einem einfachen und kostengünstigen Werkzugang mit transparenten und einfachen Bezahlssystemen entgegenkommt. Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger wollen wir wieder abschaffen. Das Verhältnis zwischen Kunstfreiheit und dem Schutz geistigen Eigentums muss im digitalen Zeitalter neu gedacht werden und gleichzeitig den Urheber eines Werkes in seinen wirtschaftlichen und ideellen Rechten schützen. In der notwendigen weiteren Debatte über die Fortentwicklung des Urheberrechts sind hingegen auch die Interessen von Usern stärker zu berücksichtigen.



**3. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg für eine starke Kreativ-Hauptstadtregion?**

Der Berliner Wirtschaftsraum geht für uns hinter den Grenzen der Außenbezirke weiter. Das gemeinsame Interesse am Erfolg der Metropolregion insgesamt ist größer als die unterschiedlichen Interessen in Einzelfragen. Wir sehen keine Konkurrenz zwischen Berlin und den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen. Wir setzen uns für eine integrierte Metropolregion Berlin-Brandenburg ein, die sich in ihrer Anziehungskraft, Lebensqualität und kreative, wie wirtschaftlichen Stärke mit anderen prosperierenden und attraktiven Metropolregionen in Europa und der Welt erfolgreich messen kann. Wir wollen gemeinsam mit Brandenburg einen Masterplan für die Metropolregion mit dem Ziel einer abgestimmten Wirtschafts- und Förderungspolitik, integrierter Planung und Infrastrukturentwicklung entwerfen und fortentwickeln. Dazu wollen wir in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen von Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Landtags von Brandenburg durchführen. Durch eine engere Zusammenarbeit, die gemeinsame Institutionen umfassen kann, können Projekte endlich für die gesamte Metropolregion konzipiert und umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin  
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin